

**STRASSE. SCHIENE.
KINDERWAGEN.***NRW zurück in die Spur bringen**am 10. und 11. September 2016
in Hückelhoven #nrwtag52***„Hückelhovener Erklärung“****Aktueller Beschluss zum 52. JU NRW-Tag
am 10. – 11. September 2016 in Hückelhoven**

„Hückelhovener Erklärung“

Appell zum Handeln – Krieg vor der Haustüre Europas beenden

Seit 2011 sind wir täglich mit Berichten über den Bürgerkrieg, terroristische Übergriffe und mit dem Elend in Syrien konfrontiert. In diesen fünf Jahren hat der Krieg in Syrien hunderttausende Menschenleben gefordert. Die Überlebenden müssen weiter unvorstellbare Belastungen ertragen. Die gesamte Verzweiflung menschlichen Leids wird aktuell in Madaya und Aleppo deutlich. Die Bewohner dieser Städte werden von der syrischen Regierung ausgehungert, mit schwersten Kriegswaffen bekämpft und sind von der Versorgung mit Wasser, Babynahrung sowie medizinischen Hilfsgütern abgeschnitten. Dies alles und die gezielte Bombardierung von Krankenhäusern und Wohnvierteln sowie der Einsatz von chemischen Waffen, insb. Chlorgasfassbomben, gegen Zivilisten verstoßen eklatant gegen Völker- und Kriegsrecht. Ein anfänglich innersyrischer Konflikt zwischen Opposition und Assad-Regime hat sich zu einem Stellvertreterkrieg insbesondere von Saudi Arabien und dem Iran entwickelt, der das Gleichgewicht in der Region und damit vor der Haustüre Europas ins Wanken bringt – mit langfristigen Folgen für die Sicherheit in Europa und ihrer Nachbarschaft.

Zurzeit ist es aufgrund der zutiefst verhärteten Fronten und der allseits vorhandenen Radikalität schier unmöglich mit den relevanten syrischen Akteuren politische Verhandlungen zu führen. Obwohl es im originären Interesse der Europäischen Union (EU) liegt, den anfänglichen Konflikt und jetzigen Krieg soweit zu befrieden, dass eben diese politische Verhandlungen geführt werden könnten, haben sich die Mitgliedstaaten der EU zu keinem koordinierten Vorgehen im Nahen Osten verständigt und den Konflikt sich selbst überlassen. Damit war das Feld für die Terrormiliz ISIS bereitet, die in Teilen Syriens ein Terrorregime errichtet hat, das die Werte der internationalen Staatengemeinschaft mit Füßen tritt und unvorstellbar menschenverachtend agiert. Begünstigt wird ISIS dabei vom Zerfall der Staatsgewalt und der öffentlichen Ordnung.

Die letzten Jahre ist die EU aufgrund ihrer Mitgliedstaaten zu sehr mit sich selbst beschäftigt und in den letzten zwölf Monaten durch unvereinbare Positionen in der Flüchtlingskrise und den Brexit gelähmt. Nach den militärischen Schlägen von Russland und den USA marschiert nun auch die Türkei in Syrien ein, es gibt Verständigungen zwischen Ankara, Moskau und Damaskus – und Europa schaut zu. Dabei darf und kann Europa sich seiner außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung in seiner südlichen Nachbarschaft nicht entziehen. Statt sich innereuropäischen, hausgemachten Problemen zu widmen, müssen die Staats- und

Regierungschefs gemeinsam mit Parlament und Kommission in der EU Antworten auf die Frage liefern, wie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiter konkretisiert werden kann. Wieder einmal gilt, dass europäische Strukturen bestehen, aber nicht mit Leben gefüllt sind, um aktiv werden zu können. Und wieder einmal zeigt sich, dass Europas erfolgreiche „*soft power*“ (erfolgreiche Friedensverhandlungen bzw. Abkommen sowie Entwicklungspolitik), mit der sie Werte und Stabilität exportiert, immer dann an ihre Grenzen stößt, wenn die EU diese nicht auch mit militärischer „*hard power*“ durchsetzen kann. Im Fall Syrien zeigen sich vier aktuelle Herausforderungen für Europa, die gemeinsam gelöst werden müssen:

- Regionale Konflikte entwickeln sich viel schneller zu internationalen Krisen und überregionalen Gefahren als in der Vergangenheit;
- Allein humanitäre oder sanktionsbasierte Politik kann ohne militärische Folgeoptionen schnell an Wirkung verlieren oder gegenteilige Effekte entwickeln;
- Belastbare, kohärente militärische Optionen der EU als Mittel der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fehlen;
- Mit Russland hat die EU einen Nachbar, der geopolitisch um Einfluss ringt und für die östlichen Mitgliedsstaaten nach der Besetzung der Krim eine unmittelbare Gefahr darstellt.

Kurzfristig muss die EU daher Konzepte und Kapazitäten aufbauen, die sie in die Lage versetzen, autark zumindest eine Zeit lang alle seine Mitglieder zu schützen sowie Stabilität und Sicherheit in der europäischen Peripherie durchzusetzen, bzw. Krisen und Konflikte zu bewältigen. Dieses betrifft insbesondere die Ostgrenzen der EU und den sicherheitspolitisch fragilen Raum des Nahen Ostens und Nordafrikas.

Vor diesem Hintergrund fordert der 52. NRW-Tag der Jungen Union von der CDU-geführten Bundesregierung und von den nordrhein-westfälischen Mitgliedern des Europäischen Parlamentes, darauf hinzuwirken, dass die

1. Versorgung der syrischen Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und medizinischen Hilfsgütern wieder sichergestellt wird. Der humanitäre Einsatz Deutschlands ist beizubehalten und insb. beim Wiederaufbau durch ein verstärktes internationales Engagement zu ergänzen;
2. Bombardierung der syrischen Zivilbevölkerung sofort gestoppt wird. Dies kann durch die strikte Einhaltung der vom UN Sicherheitsrat am 26. Februar 2016 verabschiedeten

Waffenruhe erreicht werden. Verstöße gegen die Waffenruhe sind umgehend zu veröffentlichen und müssen geahndet werden;

3. Waffenruhe, auf Basis eines robusten UN-Mandates, um Schutz- und Flugverbotszonen ergänzt wird. Die Zivilbevölkerung ist auf einen umfassenden Schutz durch die internationale Gemeinschaft angewiesen;
4. Internationale Gemeinschaft auf Basis eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates an Syrien ein Ultimatum stellt, zur sofortigen und bedingungslosen Übergabe des syrischen Chemiewaffenarsenals. Insbesondere Russland und China als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates müssten sich ihrer internationalen Verantwortung bewusst sein und eine gemeinsame Lösung der internationalen Gemeinschaft ermöglichen;
5. Europäischen Mitgliedstaaten aus ihren nationalen militärischen Fähigkeiten taktische Truppenteile zusammenstellen, um – gedeckt von einem UN-Mandat – den Waffenstillstand vor Ort zu überwachen und dauerhaft sicherzustellen. Hierzu sind auch gezielte Einsätze in Zusammenarbeit mit der „Koalition der Willigen“ auf syrischem Boden nicht auszuschließen;
6. Eingriffe Russlands in das syrische Kriegsgeschehen umfassend dargestellt werden. Wo es durch Russland zu Verstößen gegen bestehendes Recht gekommen ist, sind diese endlich klar zu benennen und von allen Mitgliedern der Bundesregierung sowie allen in den Parlamenten vertretenen Parteien geschlossen zu verurteilen;
7. In Syrien geschehenen Kriegsverbrechen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aus Kriminalistik, militärischer Aufklärung und nachrichtendienstlichen Ermittlungen aufgeklärt werden. Anschließend sind die Verantwortlichen festzusetzen und an den Internationalen Strafgerichtshof in Den-Haag auszuhändigen;
8. Prozeduren und Instrumente der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates an das neue sicherheitspolitische Umfeld angepasst werden;
9. Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der EU an die neuen komplexen und hybriden Konflikten bzw. Bedrohungslagen strategisch weiterentwickelt und mit Fähigkeiten bzw. Kapazitäten gefüllt werden;
10. EU-Battlegroups zu einer vollen Europäischen Eingreiftruppe ausgebaut werden, die dem politischen Gewicht der Europäischen Union angemessen ist. Vor einem Einsatz soll das Europäische Parlament gehört werden.

Es ist für Europa unwürdig, dass in seinem direkten Umfeld Millionen Menschen auf der Flucht sind und Tausende ermordet werden, ohne dass ein Handeln in Sicht ist. Daher müssen die Mitgliedstaaten und damit auch Deutschland die EU in die Lage versetzen, in Syrien auch militärische Mittel zum Beenden des Bürgerkrieges anzuwenden. Langfristig kann die EU nur dann einen sicherheitspolitischer Anker in der Region darstellen, wenn man sich auf ihre soft und hard power verlassen kann. Daher führt langfristig kein Weg an einer Europäische Armee vorbei, die auch als Parlamentsarmee etabliert werden könnte.